

Nushasi 5 Kruslar

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk Lirası 1.50	R.M. 5.-
Üç aylık	4.25	13.-
Altı aylık	8.-	25.-
Bir senelik	15.-	50.-

yahut nakıtlı.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tehnik Cadde No. 585 ve 587.
Telegraf adresi: Türkiye.
Telefon: 44.600.
Posta Kutusu: İstanbul 1209.

Türkiye Postası

Preis der Einzelnummer: 5 Krup

BEZÜGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr 1 Monat T. Pfd.	1.50	R.M. 5.-
3 Monate	4.25	13.-
6 Monate	8.-	25.-
12 Monate	15.-	50.-

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tehnik-Cadde No. 585-587
Drabantschtr. 1. Türkipost.
Fernsprecher: 44.600.
Postfach: İstanbul 1209.

8. Jahrgang Nr. 41

Türkiye Postası

Istanbul, Sonntag 19. Februar 1933

Rede Hitlers in Dortmund.

Berlin, 18. Febr. (A.A. nach WTB.) Reichskanzler Hitler begab sich gestern im Flugzeug von Berlin nach Dortmund und hielt dort am Abend eine große Rede.

Die Nacht verbrachte der Kanzler in der Nähe von Köln. Heute morgen ist Hitler mit einem Flugzeug nach München geflogen.

Der Reichsbannerführer gegen die Regierung.

Berlin, 18. Februar. Der Führer des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, das gegenwärtig seine Bundestagerversammlung abhält, richtete in einer heute gehaltenen Rede nach Inhalt und Form außerordentlich scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung.

Die „Germania“ verboten.

Berlin, 18. Febr. (A.A.) Die „Germania“, die größte Zeitung des Zentrums, ist wegen eines gegen die Politik der Reichsregierung gerichteten Aufrufes an die katholischen Verbände auf drei Tage verboten worden.

Nürnberg, 18. Februar.

Die „Fränkische Post“, Nürnberg, ist wegen einer Karikatur, die Hitler, Papen und Hugenberg „am Mikrophon“ darstellte, auf die Dauer von 3 Tagen verboten worden.

Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte.

Berlin, 18. Febr. (A.A.) Hindenburg unterzeichnete eine Verordnung, nach der die Renten für bestimmten Gruppen von Kriegsbeschädigten, die von der Regierung Papen herabgesetzt waren, wieder erhöht werden.

Die Verordnung, deren Wortlaut mit Erläuterungen durch den Rundfunk bekanntgegeben wurde, tritt am 1. April in Kraft.

Die finanzielle Belastung für den Staat beziffert sich auf 30 Millionen Mark.

Auslandsdeutschtum und nationale Einigung.

Die politischen Vorgänge der jüngsten Zeit haben, besonders soweit sie durch den Rundfunk vom Auslandsdeutschtum selbst miterlebt wurden, einen starken Eindruck in allen deutschen Außengebieten gemacht.

Die in Klausenburg erscheinende „Deutsche Zeitung“ schildert, wie das Auslandsdeutschtum im letzten Jahrzehnt mit steigender Sorge die Verschärfung des politischen Kampfes im Reich erlebt hat und wie besonders der Spalt, der zwischen dem alten und dem neuen nationalen Deutschland, zwischen Hindenburg und Hitler aufklaffte, draußen als ein tragisches und unheilvolles Schicksal empfunden wurde; „Die Jugend und das Alter, sie mißtrauen sich. Die Lösung war Hindenburg oder Hitler. Wer am 30. Januar die Rundfunkübertragung aus Berlin miterlebte, der mußte, sofern er sich deutsches Wesen bewahrt hatte, ergriffen von diesem Erlebnis sein. Er hörte das Jubeln eines Volkes, seines Volkes. Hindenburg und Hitler, das alte und das neue Deutschland hatten sich gefunden. Vor diesem Erlebnis muß jede Nörgerei verstummen. Demokrat oder Konservativer oder wer du auch seiest, sei dir jeden Augenblick bewußt, daß die letzte Reserve des deutschen Deutschlands angetreten ist.“

Aber die Auswirkung der Ereignisse geht noch weiter. Der neue Sachsenbischof Glondys hat den erfolgreichen Versuch gemacht, die von den Führern der deutschen Nationalsozialisten Rumänien getragene Selbsthilfebewegung in die kirchlich-nationale Selbstverwaltung einzugliedern und dadurch auch in Rumänien ein deutsches Zusammenwirken von Alt und Jung herbeizuführen.

Die Hirtenberger Waffensendung.

Englisch-französische Note an die Wiener Regierung.

London, 18. Febr. (A.A.)

In London wird heute die Nachricht bestätigt, daß die englische und französische Regierung in der Angelegenheit der Hirtenberger Waffensendung bei der österreichischen Regierung freundschaftliche Vorstellungen erhoben und ihr nahegelegt haben, die Waffen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zurückzusenden oder sie nachweislich zu zerstören.

In London amtlichen Kreisen wird betont, daß die Note keineswegs ein Ultimatum, sondern einen freundschaftlichen Rat darstelle.

In dem als unwahrscheinlich angesehenen Fall, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sollten, würde die Frage dem Völkerbund unterbreitet werden.

Die Hirtenberger Waffensendung droht sich zu einem großen internationalen Konflikt auszuwickeln. Der französische Außenminister Paul-Boncour verhandelt sogleich mit dem Vertreter der Kleinen Entente in Genf.

Der Motor bei der ganzen Angelegenheit ist der tschechische Außenminister Beneš, der von Anfang an für die Aufhebung des an sich recht harmlosen Tatbestandes resorciert hat. 40.000 halbverrostete Schießwaffen haben jedenfalls für die schwerbewaffneten Nachbarstaaten Österreich kein Grund zu ernsthafter Besorgnis sein. Aber man hat froh einen Anlaß gefunden zu haben, um vor allem Italien etwas an Zeug zu liefern.

Bezüglich der tschechischen Waffensendung ist ein Artikel im sozialistischen „Populaire“, in dem die französische Regierung aufgeführt wird, Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich in der Hirtenberger Waffensendung zu ergreifen. Es sei hier erwähnt, daß die österreichische Regierung Bregenz bei der ganzen Angelegenheit im Spiele gehabt habe. Die österreichische Anleihe dürfe nicht verweigert werden, solange der österreichische Bundeskanzler Dollfuß und seine Regierung nicht zurückgetreten seien und solange keine vollständige Waffensendung erfolgt sei. Außerdem müsse die neue österreichische Regierung ganz bestimmte Zusicherungen dafür geben, daß sich künftige Zwischenfälle nicht wiederholen. Das Blatt fordert außerdem den Quai d'Orsay auf, bezüglich des Wortlauts der Antwort der österreichischen Regierung auf die englisch-französische Vorstellungen in Wien zu veröffentlichen.

Berlin, 18. Februar.

In Berliner politischen Kreisen wird die englische Note, die wegen der Waffensendung gerichtet worden war, lebhaft erörtert.

In der Reichspresse wird dieses gemeinsame englisch-französische Einschreiten als ein unberechtigter Eingriff in die österreichischen Hoheitsrechte bezeichnet. Der Wortlaut der Note wird von den Blättern als „einfach unerhört“ angesehen.

Er stelle eine „Vergewaltigung der kleinen Staaten“ dar. Es sei unbegründet, wie gerade die Staaten, die 14 Jahre lang ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung nicht nachgekommen sind, einen solchen Schritt unternehmen könnten.

Budapest, 18. Februar.

Die ungarische Presse steht dem neuen Pakt der Kleinen Entente ziemlich skeptisch gegenüber. Allgemein unterliegt man dieser erneuerten Vereinbarung mehr oder weniger verlässliche Aussichten und fordert, daß gegen diese Hinsicht ein Gegenpakt gesetzt werden müsse.

Ein Budapest-Blatt fordert ein enges Bündnis mit Österreich und Deutschland.

Keine Antwort Österreichs.

Wien, 18. Februar.

Wie aus Wien gemeldet wird, beachtet die österreichische Regierung die Waffen an dem Aufgeber zurückzukehren, um die Angelegenheit auf diese Art aus der Welt zu schaffen.

Beamtenstreik in Frankreich.

Paris, 18. Februar.

Die Wahlen der französischen Staatsbeamten haben beschlossen, gegen die von der Regierung geplanten Steuererhöhungen, soweit sie davon betroffen werden, eine Protestkundgebung zu veranstalten, u. zw. werden die Staatsbeamten am kommenden Montag eine Stunde lang die Arbeit ruhen lassen.

Deutschland und die Kleine Entente.

Berlin, 18. Febr. (A.A. nach Havas)

Die Nachricht von dem rumänisch-jugoslawisch-tschechoslowakischen Abkommen hat in Deutschland offene Mißstimmung hervorgerufen, die sich auch in Regierungsblättern offenbart. Man bekundet gegen das Abkommen deswegen Abneigung, weil es Angriffscharakter habe.

In einer halbamtlichen Mitteilung heißt es, daß die gemeinsame Politik der Kleinen Entente das Donaubekken nur noch mehr zerreißt könne und die Beschlüsse der Tagung in Streas hinsichtlich der Hilfe für die Donaufürstentümer bedrohen werde.

Zwischenfall an der Kunsthochschule in Berlin.

Berlin, 18. Februar (A.A.) Nationalsozialistische Studenten besetzten die Kunsthochschule in Berlin-Schöneberg, während einer Prüfung. Sie zwangen den Direktor und zwei Professoren zum Verlassen des Gebäudes und schlossen die Tore.

Die nationalsozialistische Studentenvereingung erklärt, sie sei empört, weil die Hochschule ein Herd des Kommunismus und Marxismus sei.

Berlin, 19. Febr. (A.A. nach W.T.B.) Nach den gestrigen Vorfällen in der Kunstakademie empfing Reichminister Goering den Vorsitzenden der nationalsozialistischen Studentenvereingung zu Berichterstattung. Dieser erklärte, er billige das Vorgehen seiner Kameraden nicht, trotz der begründeten Erregung, die an der Hochschule herrsche. Reichminister Goering und der preussische Kultusminister Rust, die beide Nationalsozialisten sind, teilten in einer Presseerklärung mit, daß über die Vorfälle eine strenge Untersuchung eingeleitet und die Verhältnisse an der Hochschule geprüft werden würden.

Neue Kämpfe zwischen Peru und Kolumbien.

Lima, 19. Februar (A.A.)

Zwischen peruanischen Flugzeugen und den kolumbianischen Kriegsschiffen ist es erneut zu Kämpfen gekommen. Zwei kolumbianische Kanonenboote wurden beschädigt.

Hoover vor dem Rücktritt.

Washington, 18. Februar.

Dem scheidenden Präsidenten Hoover, der in zwei Wochen sein Amt Roosevelt übergeben wird, sind, wie aus Washington von amerikanischen Blättern berichtet wird, bereits zahlreiche herrvortragende Posten in der Industrie angetragen worden. Hoover hat aber bereits mehrfach verlauten lassen, daß er sich zunächst von allem Geschäftlichen zurückziehen wolle, um sich zu erholen und daß es noch ganz unbestimmt sei, ob er überhaupt wieder sein Amt, welcher Art immer, bekleiden werde.

Japans Angriff auf Jehol.

China organisiert den Widerstand.

Peking, 18. Febr. (A.A.)

In einem amtlichen chinesischen Bericht heißt es: Die Japaner haben an den chinesischen Kommandanten von Kailui ein Ultimatum gerichtet, in dem der Kommandant aufgefordert wird, die Stadt sofort zu räumen. Andernfalls würde die Stadt angegriffen werden.

Die Chinesen haben beschlossen, auf dieses Ultimatum nicht zu antworten.

Unterbrechung der Abrüstungsverhandlungen.

Nadolny fährt nach Berlin.

Genf, 18. Febr. (A.A.)

Nadolny und Cot wollen Genf verlassen, um ihren Regierungen Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen über die Frage der Heeresstärken dürften daher einige Zeit ausgesetzt werden.

Genf, 19. Februar (A.A.)

Nadolny, der ursprünglich gestern nach Berlin reisen wollte, um mit der Reichsregierung über die Vorschläge Cots in der Frage der Heeresstärken Rücksprache zu nehmen, hat seine Abreise verschoben. Er erklärte, er wisse noch nicht, ob er am Sonntag nach Berlin fährt.

Deutscher Ueberseeluftverkehr.

Berlin, 18. Febr. (A.A.)

Im Frühjahr soll versuchsweise ein wöchentlicher Flugverkehr nach Südamerika eingerichtet werden. Man rechnet damit, daß die Post in vier bis fünf Tagen von Berlin nach Rio de Janeiro und in fünf bis sechs Tagen von Berlin nach Buenos Aires befördert werden kann.

Berlin, 18. Febr. (A.A. nach WTB.) Der 5.000 Tonnen-Dampfer „Westfalen“, der von der Deutschen Luftthansa gechartert und von ihr umgebaut wurde, damit er für den künftigen Luftverkehr nach Südamerika mitten im Atlantischen Ozean als Stützpunkt dienen sollte, machte heute seine erste Probefahrt.

Ein Dornier-Wal-Wasserflugzeug wurde an Bord genommen und startete dann mit dem Katapult.

Das Schiff wird wahrscheinlich im Frühjahr in Dienst gestellt.

Der Gasi

Sambul, 18. Februar (A.A.)

Der Staatspräsident arbeitete heute im Palast Dolma Bagtsche und verließ den Palast im Verlaufe des Tages nicht.

Rückkehr Kiasim Paschas nach Ankara.

Der Präsident der G. N. V., Kiasim Pascha, wird voraussichtlich heute abend Sambul verlassen, um nach der Hauptstadt zurückzukehren.

Bericht Dschelal Beys im Ministerrat.

Ankara, 18. Februar (Tel.)

Wirtschaftsminister Dschelal Bey ist von seiner Studienreise heute nach Ankara zurückgekehrt. Dschelal Bey nahm an der heutigen Sitzung des Ministerrats teil und gab über die Ergebnisse seiner Reise Erklärungen ab.

Der Ministerrat wird auch morgen zusammenzutreten und voraussichtlich die neue Kontingentsverordnung und die Kontingentslisten für die kommenden Monate 1933 besprechen.

Die neue Kontingentsverordnung sowie die Listen werden — wie gemeldet — am Montag, den 20. Februar 1933 veröffentlicht werden.

Politische Wochenschau.

Hochspannung der Weltlage.—Gewitter über Genf.—„Einkreisung“ der französischen Sicherheitskrise.—Der dementierte „Dreibund“.—Der unterminierte Balkan.—Krieg in Süd - Amerika.

Sambul, 18. Februar.

In dem Mikrokosmos von Genf spiegelt sich drohend die ganze Hochspannung der Weltlage. Noch nie seit dem Beginn der Abrüstungskonferenzen z sind, nach der Meinung der Weltpresse, so schwere Gegensätze auf einander geprallt, wie diejenigen, die durch den französischen „konstruktiven“ Plan entsetzt wurden. Die Atmosphäre sei gewitterschwanger und die Aussichten der Konferenz würden immer problematischer. Der französische Plan ist nach den Angriffen, die er erlitten hat, nur noch ein lebender Leichnam, die französische Delegation hat einen strategischen Rückzug angetreten und nur noch einzelne Punkte des Plans werden als Nahrung vorgehalten. Aber dadurch wird der Boden für die Verhandlungen der Konferenz nicht gestärkt: Es fehlt nicht an Stimmen, die von neuem behaupten, daß die Urheber des französischen Plans selbst nie auf eine Annahme des Plans gerechnet hätten und daß der Zweck des Plans nur in einer Flankenumgehung der Abrüstung bestünde. Mit der Ablehnung des französischen Plans würde sich angeblich eine Lage ergeben, die Frankreich gestatte, seine Hände vor der Welt in Unschuld zu waschen und — zu rüsten. Die Taktik Frankreichs, die Konferenz zu sabotieren — eine Taktik die Frankreich besonders energisch von einem Teil der englischen Presse vorgeworfen wird — werde auch dadurch ersichtlich, daß Paul-Boncour bei seiner Verteidigung des Plans die Gleichberechtigung Deutschlands, die durch das Fünfmächte-Abkommen vom 14. Dezember v. J. verbrieft und erledigt ist, von neuem von der Sicherheitsfrage abhängig zu machen versuche.

Der gewundenen und fruchtlosen Dialektik Paul-Boncour's setzte der deutsche Delegationsführer, Botschafter Nadolny, eine Feststellung der Sachlage gegenüber, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ. „Die am 11. Dezember unterzeichnete Vereinbarung — so lautet die Entgegnung hinsichtlich der Gleichberechtigungsfrage — ist die Basis und die Voraussetzung für die Teilnahme Deutschlands an den Arbeiten der Konferenz. Es ist deshalb ohne weiteres klar, daß für Deutschland der Inhalt dieses Abkommens die Plattform bildet von der Deutschland sich nicht entfernen wird.“

Man fragt sich in Genf, ob die Gleichberechtigungsfrage dank den französischen Auslegungskünsten nicht wieder eine gefährliche Klippe für die Konferenz werden könnte. Nach der deutschen Erklärung ist man sich darüber klar, daß diese Klippe, falls sie wieder auftauchen sollte, diesmal für das Schicksal der Konferenz verhängnisvoll werden müßte. Ausserdem kann nicht übersehen werden, daß die Position Deutschlands ungleich stärker ist, als sie vor dem 11. Dezember war. Denn, wie in der Weltpresse mit Recht darauf hingewiesen wird, könne niemand mehr verhindern, daß Deutschland eventuell den Weg geht, der ihm durch das Fünfmächte-Abkommen über die Gleichberechtigung geöffnet wurde: den Weg zur Wiederaufrüstung.

Die Bemühungen Paul-Boncour's, des Sicherheitsapostels, die Rüstungslage, so wie sie sich jetzt „kristallisiert“ hat, zu verteidigen, haben von Sir Austen Chamberlain, einem der Urheber des Locarno-Pakts eine vernichtende Kritik erhalten. „Die Franzosen — so sagte er in einem Interview — die vermaßen, alles in juristische Formen einschließen zu können und die annehmen, daß das Leben zum Stillstand gebracht werden könne, indem man es in eine Formel oder einen Fakt einfaßt.“

Nach der Neutralität in der holländischen Marine.

Amsterdam, 18. Februar.

Der Befehlshaber der niederländisch-indischen Marine hat eine strenge Verordnung an die ihm unterstellten Marinestützpunkte erlassen, denen jede Teilnahme an Versammlungen und politischen Kundgebungen untersagt wird. Die Meistersien der letzten Zeit werden am kommenden Montag im Niederländisch-indischen Volkstheater erörtert werden.